DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

Harter Kampf

Ein Gespräch mit Denis Goldberg. Über den ANC, die Rolle der Kommunistischen Partei, Vetternwirtschaft, Kapital und Arbeit in Südafrika und den Fall des Präsidenten Jacob Zuma. Außerdem: Donald Trump und die feine Bürgerlichkeit. Schwarzer Kanal von Arnold Schölzel

ACHT SEITEN EXTRA

GEGRÜNDET 1947 · **SA./SO./MO., 28./29./30. MAI 2016** · NR. 123 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,50 CHF (CH) · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT **WWW.JUNGEWELT.DE**

Ablehnen
Frankreich: Mehrheit für den Kampf
3 gegen das neue unternehmerfreundliche Arbeitsrecht

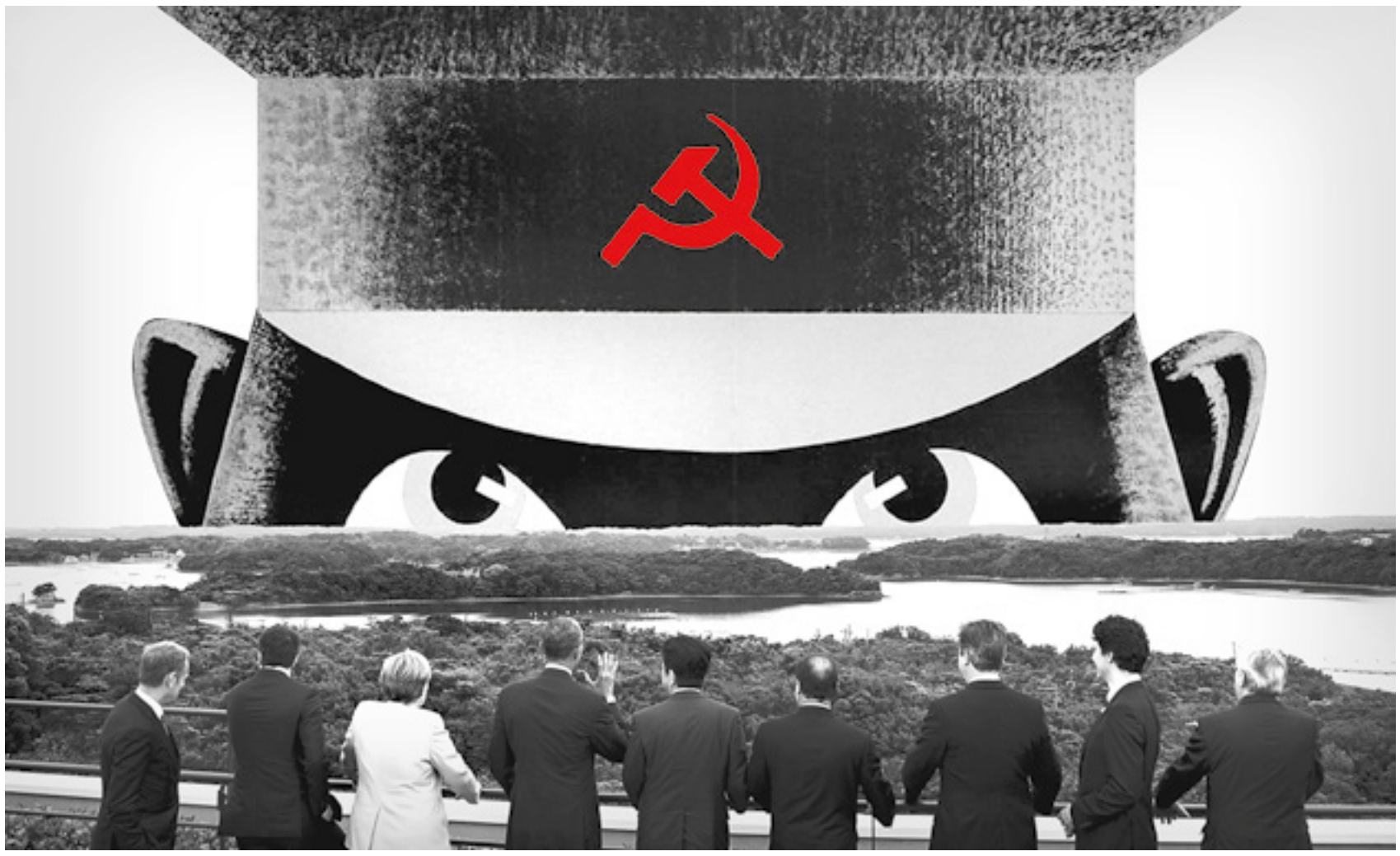
Vertuschen
Mord an chinesischer Studentin in
4 Dessau-Roßlau: Sachsen-Anhalt droht neuer Justizskandal

Aufklären
Mörder, Totengräber, Scharlatan?
11 Reinhard Lauterbachs Buch über Gorbatschow und die Folgen

Abwickeln
Rechtswende in Lateinamerika: Von
12 Venezuela bis Argentinien drängt Reaktion an die Macht

Drohungen aus Fernost

G-7-Staaten suchen in Japan Konfrontation mit Russland und China. **Von Christian Selz**



JIM WATSON/REUTERS/KAS/ACDP 10-001:411 CC-BY-SA 3.0 DE [MONTAGE: jW]

Dem Feindbild geschlossen zugewandt: Die Staats- und Regierungschefs der G-7-Staaten mit EU-Vertretern am Donnerstag in Ise-Shima

Das wirklich Wichtige vorweg: Japans beliebtester Elefant ist tot. Die Dickhäuterdame Hanako (Blumenkind) sei am Donnerstag im Alter von 69 Jahren »still und ruhig verschieden«, sagte Zoodirektor Kiyoshi Nagai der japanischen Nachrichtenagentur *Kyodo*. Lautes Tröten war dagegen im 350 Kilometer entfernten Ise-Shima zu vernehmen. Die Vertreter der sieben möchtegerngrößten westlichen Industrienationen suchten anlässlich ihres alljährlichen Politzirkus am Freitag in Japan die Konfrontation mit Russland und China.

Moskau solle solange mit Sanktionen belegt bleiben, bis das Minsker Friedensabkommen für die Ostukraine umgesetzt werde, hieß es in der Abschlusserklärung des G-7-Treffens. Dessen Teilnehmer zeigten sich zudem »bereit, weitere restriktive Maßnahmen vorzunehmen, um die Kosten für Russland zu erhöhen«. Da der Friedensplan maßgeblich vom NATO-Vasallenregime in Kiew torpediert wird, dürfte im Krieg gegen die Bevölkerung der ostukrainischen »Volksrepubliken« also alles beim alten bleiben. Auch in den Inselstreit zwischen China und dem G-7-Gastgeber Japan mischten sich die Gipfelteilnehmer demonstrativ ein, womit Peking sich einer Sprecherin des Außenministeriums zufolge »extrem unzufrieden« zeigte.

Dem nach der völkerrechtswidrigen Invasion der USA, Großbritanniens und weiterer NATO-Staaten zerstörten Irak wollen die G7 mit 3,2 Milliarden Euro beim »Wiederaufbau« helfen, was gleichzeitig dem Kampf gegen die Miliz »Islamischer Staat« dienen und Fluchtursachen bekämpfen soll. Deutschland will dabei einen bereits im Februar angekündigten Kredit verrechnen. Kanzlerin Angela Merkel konstatierte: »Ich bewerte den Gipfel schon als Erfolg.«

■ Siehe Kommentar Seite 8

LKA warb Jenaer Bandenchefs an

Waffen für den NSU? V-Männer wollten organisierte Kriminalität fest in deutscher Hand wissen

Im Zusammenhang mit der Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) sind zwei weitere V-Männer enttarnt worden. Die Zwillingsbrüder Ron und Gil E. aus Jena, die in den 1990er Jahren eine kriminelle Bande angeführt und Neonazis mit Waffen versorgt haben sollen, seien zur selben Zeit »Vertrauenspersonen« des Thüringer Landeskriminalamts (LKA) gewesen, berichtete der *MDR* Thüringen am Donnerstag abend unter Berufung auf ihm vorliegende Akten.

Im Münchner NSU-Prozess waren Ron und Gil E. bereits als Zeugen geladen, hatten aber vom Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch gemacht, nach dem sie sich nicht selbst belasten müssen. Andere Zeugen hatten teils vor Gericht, teils in Polizeivernehmungen erklärt, die Brüder hätten die mutmaßlichen NSU-Gründer Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt gekannt.

Die Bande der Zwillinge geriet ins Visier der Prozessbeteiligten, als diese zu klären versuchten, wie eine »Ceska 83«-Pistole, die später bei neun rassistischen Morden verwendet wurde, aus der Schweiz nach Jena kam. Im Februar dieses Jahres hatte ein ehemaliges Bandenmitglied vor Gericht gesagt, die Gruppe habe in den 1990er Jahren gezielt Neonazis bewaffnen wollen, um gegen ausländische Konkurrenten auf dem Gebiet der organisierten Kriminalität vorzugehen.

Der 1998 untergetauchte und 2011 zu Tode gekommene Neonazi Uwe Böhnhardt war schon als Jugendlicher in deutsche Bandenstrukturen in Jena eingebunden: Seit 1993 hatte er Vorstrafen wegen Diebstahls und Fahren ohne Führerschein gesammelt. Auch den »Thüringer Heimatschutz«, wo sich Böhnhardts extrem rechte Gesinnung festigte, führte ab 1994 ein V-Mann an – Tino Brandt. Der allerdings arbeitete für das Landesamt für Verfassungsschutz. Die Brüder Ron und Gil E. sollen dagegen nach *MDR*-Informationen für die Polizei »gespitzelt« haben – falls dies das richtige Wort ist, wenn man mutmaßlich selbst treibende Kraft krimineller Machenschaften ist. Es ging um Sprengstoff und Drogengeschäfte. Einer der Brüder sei zwischen 1993 und 1994 fast ein Jahr vom LKA als »Vertrauensperson« geführt worden, der andere Mitte der 1990er Jahre nur für wenige Wochen. (jW)

■ Liebe Leserinnen und Leser,

die *junge Welt*-Mannschaft begibt sich dieses Wochenende zur jährlichen Klausur.

Die nächste Ausgabe erscheint am Dienstag, dem 31. Mai.

Bundesregierung strebt weltweit Führungsrolle an

Berlin. Die Bundesregierung will im neuen Weißbuch zur Sicherheitspolitik Medienberichten zufolge eine stärkere deutsche Führung in der Welt festschreiben. Laut dem Entwurf des Weißbuchs, aus dem am Freitag die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und der *Kölner Stadt-Anzeiger* zitierten, sieht sich Deutschland künftig als »aktive Gestaltungsmacht«. Außerdem werde die Bundesrepublik als »zentraler Akteur« in der EU beschrieben.

In den Weißbüchern wird die sicherheitspolitische Gesamtlage analysiert, um daraus Konsequenzen für die Ausrichtung der Bundeswehr abzuleiten. Das erste Weißbuch erschien 1969, das bislang letzte wurde 2006 veröffentlicht. Das vom Verteidigungsministerium erarbeitete Dokument soll noch vor der Sommerpause im Kabinett beraten werden. (AFP/jW)

Die Linke steckt ihre Marschroute ab

Berlin. Nach den Verlusten bei den Landtagswahlen im März will die Linkspartei an diesem Wochenende die Maschroute Richtung Bundestagswahl abstecken. Den knapp 600 Delegierten des Parteitags in Magdeburg liegt unter anderem ein Leitantrag des Bundesvorstandes zur Flüchtlingspolitik vor. Partei- und Fraktionsführung sind sich ferner einig, dass soziale Fragen stärker in den Vordergrund gerückt werden.

Die bürgerliche Presse scheint allerdings weniger an solchen Sachfragen interessiert zu sein als an Konflikten in der Führungsspitze. Hervorgehoben wurde zumeist, Exfraktionschef Gregor Gysi habe die Partei als »saft- und kraftlos« kritisiert – seine Amtsnachfolger Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch seien aber anderer Meinung. (jW)

jW wird herausgegeben von **1.832 Genossinnen und Genossen** (Stand 29.4.2016)
■ **www.jungewelt.de/lpg**